

Verbotene Geschäfte

Dubiose Kunden, fragwürdige Verhaltensregeln und Führungskräfte in Fußfesseln: Die Schweizer Großbank UBS gerät in den USA unter Druck.

Um sich zu retten, legt sie Kundendaten offen. Das Schweizer Bankgeheimnis bekommt erste Risse

VON LUKAS HÄSSIG

Martin Liechti blieb stumm. Was sollte der beschuldigte 47-jährige Generaldirektor der Schweizer Großbank UBS auch sagen? Sollte er den amerikanischen Senatoren erklären, dass er lediglich getan hatte, was seine Bank seit Jahrzehnten tut – Kunden vor dem Fiskus zu schützen? Liechti, ein groß gewachsener Mann im engen, anthrazitfarbenen Anzug, berief sich auf sein Schweigerecht, später dann verließ er steifen Schrittes den überfüllten Saal. Eine Ära ging an diesem Tag Mitte Juli zu Ende – jene Ära, in der die UBS mit dem Schwarzgeld vermögender amerikanischer Anleger viel Geld verdiente.

Während der Anhörung des US-Senats auf dem Capitol Hill in Washington vollzog das Kreditinstitut eine 180-Grad-Volte. »Ich entschuldige mich im Namen der UBS«, sagte Mark Branson, der Finanzchef der Sparte Wealth Management. Seine Bank sagte zu, den amerikanischen Behörden Informationen über die Konten und Depots von 20 000 amerikanischen Kunden zu geben. Diese müssen der Offenlegung zustimmen, sonst werden sie von der Bank hinauskomplimentiert. In den Schweizer Finanzzentren Zürich, Genf und Lugano bitten denn auch dieser Tage US-Millionäre bei den Konkurrenten der UBS um Einlass. »Bei uns klopfen sie erfolglos«, sagt ein Berater der Credit Suisse. Man will sich an den Problemfällen der UBS nicht die Finger verbrennen.

Was der US-Senator und Ausschussvorsitzende Carl Levin einen »Fortschritt« nannte, sorgt in Schweizer Banken für Unruhe. Der Bückling der UBS, ihres Aushängeschildes, verunsichert die Branche. Zwar wollte Pierre Mirabaud, der Präsident der mächtigen Bankiervereinigung, jüngst nur »einen Fall UBS und keinen Fall Finanzplatz« sehen, doch Politiker von links bis rechts befürchten bereits geballte Angriffe auf das so berühmte wie berühmte Schweizer Bankgeheimnis. Mit dem Einknicken der UBS in den Vereinigten Staaten hat es bereits große Löcher bekommen. Dann ist da noch die EU: Mit ihr hat die Schweiz zwar ein Zinssteuerabkommen, das das Bankgeheimnis bis 2013 sichert. Skandale wie die im Fürstentum Liechtenstein (siehe Kasten) lassen jedoch auch in Europa den Unmut über Fälle von Steuerhinterziehung steigen, in Deutschland und anderswo. Der Druck steigt.

Verstärkt im Visier ausländischer Ermittler sind die Helfershelfer der Steuersünder, die Kundenberater der Banken. Zwar droht das Schweizer Bankengesetz bei Verrat von Kundendaten »mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Buße bis zu 50 000 Franken« – doch geht es um die eigene Haut, ist manch einer bereit zu kooperieren.

So wie Bradley Birkenfeld, 43 Jahre alt. Er ist ein ehemaliger Mitarbeiter der UBS, der derzeit in den USA vor Gericht steht – und auspackt. Schon seine bisherigen Aussagen über die Geschäftspraxis der Bank ließen die UBS als gierige und skrupellose Organisation erscheinen, die Verträge mit US-Behörden nur pro forma respektierte. Doch für die Bank könnte es nun noch schlimmer kommen: Das ursprünglich für Mittwoch nächster Woche erwartete Urteil wurde vor wenigen Tagen um zwei Monate verschoben – um »die Kooperation des Angeklagten für die laufenden Untersuchungen« zu maximieren, wie David Weinstein von der Staatsanwaltschaft Florida sagt. Aus dem Fall Birkenfeld wird so zusehends ein Fall UBS. Als wäre das nicht genug, betreffen die Ermittlungen auch das Wealth Management, das Herz der Bank. In der Sparte für vermögende Kunden verdiente sie noch Geld, als sie in anderen Geschäften wegen der Finanzkrise bereits Milliarden Euro abschreiben musste.

Bradley Birkenfeld stieß im Sommer 2001 zu den Schweizern. »Er war einer der bestbezahlten Mitarbeiter der Vermögensverwaltung«, sagt Udo Hamm, der mit dem Amerikaner bei der UBS arbeitete. Laut und ausgelassen soll Birkenfeld gewesen sein, nicht gerade passend für eine diskrete Schweizer Kundenberatung. Dafür, so geht es aus dem Prozess und den dazugehörigen Unterlagen hervor, hatte der Amerikaner Igor Olenicoff an der Angel – einen steinreichen Russen, der als junger Mann in die USA emigriert war und mit Immobiliendeals ein Vermögen geschaffelt hatte. Olenicoff folgte Birkenfeld, als dieser von der englischen Barclays Bank weg wollte. Die Engländer hatten ein Abkommen mit den USA unterzeichnet, das die steuerliche Handhabung von US-Wertschriften erleichterte und im Gegenzug die Betreuung nicht deklarierten Vermögens erschwerte. Für un versteuertes US-Geld wie jenes von Olenicoff war bei Barclays von da an kein Platz mehr.

Anders bei der UBS. Zwar hatten die Schweizer ebenfalls ein Abkommen mit den amerikanischen Behörden unterzeichnet. Doch Hem-



mungen wie die der Engländer waren ihnen fremd. US-Chef Liechti rollte Beratern wie Birkenfeld und reichen Kunden den roten Teppich aus und machte sie mit Treuhändern in Liechtenstein bekannt, die spezielle juristische Vehikel in Steuerparadiesen aufbauten. Formelle Besitzerin des Olenicoff'schen Vermögens wurde eine Firma auf den Bahamas. Damit wurde durch die Hintertür möglich, was die Amerikaner mit dem Abkommen verhindern wollten: dass amerikanische Steuerzahler ohne Wissen der Behörden mit amerikanischen Wertschriften handeln konnten.

Doch der Immobilien-Tycoon und seine smarten Berater trieben das Spiel zu weit. Der reiche Olenicoff versteuerte in den USA derart wenig, dass ihn die Behörden unter die Lupe nahmen. Im Sommer 2005 bekam der gebürtige Russe kalte Füße und räumte seine Konten – mit unangenehmen Aussichten für UBS-Berater Birkenfeld. Ohne seinen Russen war der teure Kundenberater sein Geld nicht wert.

Zu diesem Zeitpunkt begann bei Birkenfeld eine seltsame Wandlung. Plötzlich gab er sich in Mails an Kollegen entrüstet über das Gebaren der UBS. Im Firmenarchiv war er auf eine Verbotsliste für den US-Markt gestoßen. Weder Telefongespräche noch E-Mail-Kontakte waren mit US-Kunden erlaubt, Finanzberatungen vor Ort schon gar nicht, kurz: alles, was die UBS-Berater tagtäglich taten. »Da sagte Birkenfeld den Kollegen: Hey, schaut her, wir riskieren unseren Kopf fürs Geschäft, aber die Firma wird uns nicht retten«, berichtet Ex-UBS-Manager Hamm.

Das Dokument, an dem Birkenfeld sich stieß, war die juristische Rückversicherung der Bank. Flog ein Kundenberater auf, konnte sich das Management auf die schriftlichen Richtlinien berufen und die Schuld den fehlbaren Mitarbeitern in die Schuhe schieben. Doch Birkenfeld sorgte vor. Er stellte ein Dossier zusammen, das er später den US-Behörden überreichen sollte. Darin finden sich auch Schulungsunterlagen für Angestellte: »Eines Morgens werden Sie von einem FBI-Agenten abgefangen. Er sucht nach Informationen über einen Ihrer Klienten und erklärt Ihnen, dass dieser in illegale Aktivitäten verwickelt ist. Frage 1: Was tun Sie in einer solchen Situation? Frage 2: Was sind die Anzeichen, dass irgendwas vor sich geht?«

Ein Ex-UBS-Manager, der mit den Vorgängen rund um das Abkommen und dessen Missachtung vertraut ist, erklärt das Versagen mit der Kultur an der Spitze. »Mich erinnert das an die drei Äffchen. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.« In Meetings der Spartenleitung, berichtet der Banker, hätten führende Vertreter des Instituts die riskante US-Strategie der Rendite zuliebe abgesegnet. Tatsächlich drückten die UBS-Vorderen noch im Jahr 2007 aufs Tempo. »Wir sind von 4 Millionen Franken (Neugeld) pro Kundenberater in 2004 auf 17 Millionen in 2006 gewachsen«, schrieb Topmana-

ger Liechti seinen 800 Kundenberatern in einer Neujahrsmail. »Wir müssen mit unseren Ambitionen Schritt halten und auf 60 Millionen pro Kundenberater kommen.«

15 Monate später wurde Liechti nach einem Zwischenaufenthalt in Miami festgenommen. Seither trägt er, der einst das Wealth Management für ganz Amerika leitete und zu den 60 wichtigsten Managern der UBS zählte, eine elektronische Fußfessel. Liechti darf das Land nicht verlassen, Black-Berry und Laptop sind konfisziert, die Behörden suchen nach belastendem Material.

Vorstandschef Marcel Rohner bleibt derzeit nur das Bedauern: »Nichts beschönigen und klare Konsequenzen aus den Fehlern ziehen, genau das will der amerikanische Kunde und Mitarbeiter von uns sehen«, sagte er vergangene Woche der Zürcher *SonntagsZeitung*. Von 2002 bis 2007 war er selbst für das Wealth Management der UBS verantwortlich – weltweit, inklusive der USA.



Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/finanzkrise

Wieder Vaduz

Liechtenstein, immer wieder Liechtenstein. Wie im Fall der UBS spielt das kleine Fürstentum auch in den Ermittlungen deutscher Behörden eine zentrale Rolle. Erst im Februar musste **Klaus Zuminkel** wegen Vorwürfen, er habe auf diesem Wege Steuern hinterzogen, als Vorstandschef der Deutschen Post zurücktreten. Basis dafür waren Daten der Liechtensteiner Bank **LGT**, die der Bundesnachrichtendienst zuvor für rund fünf Millionen Euro erworben hatte. Viele Razzien folgten, mehrere Hundert Verdächtige gerieten in den Fokus der Justiz, es kam zu Verstimmungen zwischen den Regierungen in Berlin und Vaduz. In einem Prozess vor dem **Landgericht Rostock** sind nun vor wenigen Tagen weitere Dokumente aufgetaucht, die Konten von rund 2000 Kunden der **Liechtensteinischen Landesbank** betreffen sollen. Eine neue Fahndungswelle gegen Steuerstünder ist zu erwarten. **STO**